

Einbruch statt Durchbruch?

Autor(en): **Vollmer, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **68 (1989)**

Heft 9-10

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340763>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Einbruch statt Durchbruch?

Die medienpolitische Jahrhundertdebatte wie die erstmalige nationalrätliche Beratung eines schweizerischen Radio- und Fernsehgesetzes schon genannt wurde, ist hinter uns. Kommissionspräsidentin Lilian Uchtenhagen kann zweifellos einen persönlichen Erfolg buchen: Die Kommissionsvorlage hat sich nicht nur als parlamentarisch tragfähig erwiesen und in der Gesamtabstimmung nicht einmal eine einzige Gegenstimme provoziert. Der Gesetzesvorschlag hat offensichtlich die medienpolitische Interessenlage, wie sie sich in der schweizerischen Politlandschaft zur Zeit ausgebildet hat, in sich integrieren können. Die Ausgangslage war genügend vertrackt und die Gelüste einzelner Gruppen gross, eine einseitige Kraftprobe zu wagen.

Eine kritische Medienpolitik kommt trotzdem nicht um die Frage herum, welche Entwicklungen und Gesetzmässigkeiten denn unsere heutige, insbesondere die elektronische Medienlandschaft prägen?

Hat denn irgend jemand geglaubt, der Entwicklung des Fernsehens seien im Grunde andere Motive vorausgegangen als die Kommerzialisierung?

Bleibt einem da nur noch der Dank an alle, die uns die Phase, in der die elektronischen Medien den Staat, die öffentlichen Sendeanlagen und andere Monopoltechniken noch wirklich

benötigten, so einfallsreich mit kulturellen, politisch-demokratischen und anderen edlen Ansprüchen einer kritischen Publizistik angereichert zu haben? Führt uns eine ungeschminkte Entwicklungsanalyse nicht doch zum Schluss, dass wir vor dem endgültigen Durchbruch seichter Unterhaltung, gerissen angereichert mit Sex and Crime, im blutig nackten Kampf um hohe Einschaltquoten, diktiert vom Verkaufsgesetz der alles bestimmenden Werbepäpste, stehen?

Gesellschaftspolitisch fragwürdigste Kehrseite dieser Entwicklung, weg vom publizistischen zum kommerziellen Wettbewerb, ist eine neue Zweiteilung der Medienkonsumenten. Die gemeinsamen "Landessen der Beromünster, Sottens und Monteceneri" haben nicht nur technisch, viel mehr noch gesellschaftspolitisch schlapp gemacht. Da helfen alle gesetzgeberischen Vorgaben (oder sind es nur Wünsche) über die demokratische und kulturpolitische Bedeutung auch vom Kommerz unabhängiger Medien nur wenig.

Der Gesetzgeber hat zwar in einigen Bereichen (Ebenenmodell, Leistungsaufträge, SRG-Stellung, Beschwerdeinstanz etc) versucht, den noch vorhandenen nationalen Spielraum einigermaßen zu nutzen. Doch hat er gleichzeitig wichtige Regelungsmöglichkeiten, wie breiter abgestützte Konzessionsvoraussetzun-

gen, Sicherung der Unabhängigkeit der Medienschaffenden und deren Zeugnisverweigerungsrecht, bewusst verachtet

Niemand in diesem Land wird sich Illusionen darüber machen, dass die Stunde der privaten nationalen Fernsehketten letztlich weniger vom "verantwortungsbewussten Willen" des Parlamentes, resp. jetzt insbesondere des Bundesrates abhängt, als von den ökonomischen Einschätzungen der kapitalkräftigen Investoren.

Ist es am Ende vielleicht für unsere demokratische Kultur sogar von Gutem, dass die neuen Medien-Jungunternehmer nur noch Geld verdienen wollen? Man stelle sich vor, sie empfänden plötzlich - wie weiland Springer in der BRD - einen politischen Auftrag.

*Peter Vollmer
Präsident SPS Medienkommission*